

# Die graphische Presse

Organ für die Interessen der Lithographen, Chemigraphen, Stein-, Licht-, Kupfer-, Wachtuch- und Tapetendrucker und verwandte Berufe

## Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 2 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

## Redaktion:

Paul Barthel, Berlin S. 59, Hasenheide 92.  
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27/1.  
Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideutitz.  
Redaktionsschluß: Sonnabend.

## Insertion.

Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

## Bekanntmachungen.

### An unsere Mitglieder!

Wir geben hierdurch bekannt, daß von jetzt ab, wenn ein Kollege Auskunft über eine Firma einholen will, eine vorgedruckte Fragekarte benutzt werden muß. Dieselben sind bei allen Mitgliedschaftsvorständen zu haben. Die Ortsvorstände sind angewiesen, nur solchen Kollegen Antwort zu geben, die diese Fragekarte benutzen. Man verlange dieselben also im Bedarfsfalle von den Ortsvorständen.

An alle Mitgliedschaftsvorstände sandten wir am 19. ds. Mts. verschiedenes Material, Frage- und Antwortkarten zur Auskunftserteilung usw. nebst Zirkular. Sollte in einer Zahlstelle diese Sendung nicht angekommen sein infolge Adressenänderung etc., so bitten wir sofort um Mitteilung, damit wir diese Sachen nachliefern können.

Der Hauptvorstand.

### Lohnbewegungen.

**Schweiz.** Wie bereits gemeldet, ist am 4. November 1907 der Schweizerische Lithographenbund in eine Lohnbewegung eingetreten, die sich über das ganze Gebiet der Schweiz erstreckt. Der Zentralvorstand ersucht, Zuzug möglichst fernzuhalten und macht darauf aufmerksam, daß während der Lohnbewegung eine Stelle nach der Schweiz nur angetreten werden darf, wenn seitens des auskunfterteilenden Sektionsvorstandes die ausdrückliche Zustimmung vorliegt.

**Halle a. S.** Eine hiesige Firma legt es darauf an, den organisierten Kollegen das Arbeiten in jeder Beziehung zu verleißen. Weshalb in jedem einzelnen Falle Auskunft, laut Statut, einzuholen ist.

### Gesperrt.

Für Lithographen und Steindrucker:

**Alfeld a. L.** Firma C. Behrens, Alfelder Papierwarenfabrik.

**Berlin.** Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann.

Firma Angerer (für Kupferdrucker).

**Bielefeld.** Firma Gundlach.

**Dresden.** Timmroth & Benedikt (Inh. Th. Timmroth), Dresden-A., Dürerplatz 22.

**Köln.** Firma Ludwig Meister.

**Königsberg i. Pr.** wegen Tarifbewegung.

**Lahr i. B.** Privatlithographie C. Drechsler.

**Lüdenscheid.** W. v. Heese Söhne.

**Meißen.** Meißener Bleichindustrie-Werke, A.-G.

**Neu-Ruppin.** Firma Oehmigke & Riemenschneider.

### Inhalt:

Bekanntmachungen. — Zur Eröffnung des Landtages in Preußen. — Vom Preußentag. — Rundschau. — Bildung und Arbeiterschaft: IV. — Die deutschen Gewerkschaftskartelle 1906: (Schluß). — III. Die Finanzgebarung der Kartelle. IV. Die Kartelle der gegnerischen Gewerkschaften. — Vermischtes. — Anzeigen. — Beilage: Allgemeines: Zum Streik bei E. Gundlach in Bielefeld. — Die Bewegung der graphischen Arbeiter in den Vereinigten Staaten. — Der Lithograph: Ueber die berufliche Weiterbildung, IV. — Der Steindrucker: Ein ernstes Kapitel, I. — Die photomechanischen Fächer: Kurse für Positiv-Retusche. Noch einmal Klmsch & Co. Aus den Sektionen: München (Chemigraphen), Berlin (Lichtdrucker). — Die Tapetenbranche: Aus den Sektionen: Berlin (Formstecher), Coswig (Tapetendrucker). —

### Zur Eröffnung des Landtages in Preußen.

Wenn diese Nummer der »Gr. Pr.« in die Hände unserer Kollegen gelangt, hat der preußische Landtag bereits mit seinen Verhandlungen begonnen. Am 26. November ist er wieder zusammengetreten. Es verlohnt sich wohl, dieser Eröffnung des Parlaments des größten deutschen Bundesstaats weitgehende Aufmerksamkeit zu widmen, und zwar auch für Nichtpreußen, obwohl diese nicht direkt an den Arbeiten des preußischen Landtages interessiert sind. Aber bekanntlich geht ja nach Bülow Preußen in Deutschland voran — wir fügen

hinzu: in der reaktionären Betätigung —, und der jeden gesunden Fortschritt hemmende Einfluß Preußens macht sich nicht nur bei allen Regierungen der übrigen Bundesstaaten, sondern hauptsächlich in der Reichspolitik bemerkbar, an der jeder Bayer, Sachse, Württemberger usw. ebenso stark interessiert ist wie der Preuße. Deshalb muß die Forderung zur Beseitigung dieser rückschrittlichen Strömungen, zur Einführung freiheitlicher, gesünderer Zustände, die das preußische Volk an seinen Landtag stellt, Wiederhall finden in allen Gauen des Reichs. Und diese Forderung pipfelt in dem Satze: Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Preußen!

Das gegenwärtige Wahlsystem, auf dem das preußische Abgeordnetenhaus basiert, ist ein Privilegiertenwahlrecht in krassester Form. Durch die Einteilung der preußischen Wählermassen in drei Klassen ist den oberen Zehntausend von Geldsackgnaden der ausschlaggebende Einfluß im Landtage durchaus gesichert. Wenn also flugs in der dritten Wählerklasse ein freiheitlicher Geist sich bemerkbar machen wollte, wird er durch die Wähler der ersten und zweiten Klasse völlig erstickt. Die Öffentlichkeit der Wahl und die scharfe Kontrolle, der die wirtschaftlich abhängigen Wähler der dritten Klasse durch die, von denen sie abhängig sind, ausgesetzt sind, läßt aber einen freiheitlichen Geist auch in dieser Klasse schon gar nicht aufkommen. Es kommt hinzu, daß die Wahlen indirekt sind, durch Wahlmänner, die von den Urwählern gewählt werden, er-

folgen, was sogar Bismarck eine »Fälschung der Wahlen, der Meinung der Nation« genannt hat. Auf Grund dieses Wahlrechtes ist es also den breiten Volksschichten, der Arbeiterschaft, vollkommen unmöglich, irgend welchen Einfluß auf die preußische Politik zu gewinnen. Sie liegt ganz und gar in den Händen der herrschenden Klassen, die ihre Macht in der rücksichtslosesten Weise zur Vertretung ihrer Sonderinteressen ausnutzen.

Als Beweis dafür sei nur an das Schicksal der Kanalvorlage erinnert, durch die ein Verkehrsweg quer durch Deutschland geschaffen werden sollte, auf dem die Waren billiger zu befördern wären wie mit der Eisenbahn. Das hätte hauptsächlich die leichtere Versorgung der Bewohner Berlins und anderer Industriezentren mit Lebensmitteln usw. und damit deren Verbilligung zur Folge gehabt. Das Junkertum erblickte aber in dieser das Allgemeininteresse wahrenenden Vorlage eine Benachteiligung seiner Sonderinteressen, und es brachte die Vorlage durch die wütesten Obstruktion zu Fall. — Es sei ferner an die Versprechungen erinnert, die die Regierung im Jahre 1905 den um ihre vitalsten Interessen schwer ringenden Bergarbeitern machte, um sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Diese erfolgte im Vertrauen auf die gegebenen Zusicherungen. Aber der preußische Landtag erklärte, daß die Regierung keine Rücksichten auf den Streik und auf ihre eigenen Versprechungen zu nehmen brauche. Die Nationalliberalen betonten, ein Notstand bei den Bergarbeitern sei überhaupt

**Offenburg i. Baden.** Wilhelm Schell jun., Glasplakafabrik. **Passau.**

Für Chemigraphen:

**Berlin.** Edm. Gaillard; Graphische Gesellschaft; W. Greve; Thedran & Kraushaar; Paul Schahl, Illustrations-Zentrale; Baudouin.

**Chemnitz.** A. Jülich.

**Dresden.** Mejo & Markert.

**Leipzig.** Mejo & Springer.

**Stuttgart.** Gebr. Röfle.

Stellungnahme in gesperrten Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

Im Ausland:

**Brüssel.** Vor Stellungnahme von Lithographen und Steindruckern in der Firma I. L. Goffert in Brüssel wird dringend gewarnt.

**Verviers (Belgien).**

**Böhmen.** Ganz Böhmen ist wegen Tarifbewegung gesperrt.

**Stokholm (Schweden).** Sämtliche Firmen für Lithographen und Steindrucker gesperrt.

**Norwegen.** Folgende chemigraph. Anstalten sind gesperrt: W. Scheel & Co. und Br. Brunskow, sämtliche in Christiania.

**Bukarest.** I. A. Tärann und St. Smirdan.

**Petersburg.** Firma Kibbel.

**Prag.** Firma Neubert-Lichtdruck.

**Rotterdam.** Wegen Streik in der Firma »Modern« ist Zuzug streng fernzuhalten.

**Teplitz.** Firma Jaroslaw Holub, Lith. Anstalt.

**Vevey.** Die Firma Säuberlin & Pfeiffer.

**Wormervor (Holland).** Firma »Namenlose Vennoischeaf Verwers Metall-druckerei A.-G.«

### Tarifamt

### für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.

In das Verzeichnis der tariftreuen Anstalten ist nachzutragen die Firma: Georg Schneider, Kupferdruckerei, Berlin.

Berlin, den 20. November 1907.

Wilhelm Felsing,  
Prinzips-Vorsitzender.

Alb. Hehr,  
Gehilfen-Vorsitzender.

nicht vorhanden, diese hätten einfach einen Rechtsbruch begangen. Das Nullen der Wagen sei besser als sein Ruf. Der sanitäre Arbeitstag sei nicht nötig, ebensowenig Arbeiterausschüsse, die man allerdings, wenn man absolut wolle, unter Vorsichtsmaßregeln über ihre Zusammensetzung bewilligen könne. Damit die armen Kohlenmagnaten nicht zu stark belastet würden, beschloß man von allen Versprechungen der Regierung an die unbotmäßigen Bergarbeiter nur das Verbot des Wagennullens! —

Als weiterer Beweis sei nur noch die preußische Schulpolitik erwähnt, durch die die Konfessionsschule zur Regel und die Simultanschule zur Ausnahme gemacht wurde, was eine ganz unnatürliche Scheidung von Katholiken und Protestanten im Volke zur Folge haben muß. Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden wurde völlig lahmgelegt. Es wurde in weitgehender Weise dafür gesorgt, die Volksschulen zu Dressuranstalten gehorsamer Untertanen, aber nicht zu Erziehungsinstituten freier, stolzer, denkfähiger Menschen zu machen. Alle diese und unzählige andere reaktionäre Maßnahmen können eben nur unmöglich gemacht werden durch die Erringung von Einfluß auf die preußische Gesetzgebung durch die breiten Schichten des Volkes, durch die Beseitigung eines Wahlrechts, über welches sogar Bismarck schon 1867 folgenden bezeichnenden Ausspruch tat:

Wer des preußischen Dreiklassenwahlsystems Wirkung und die Konstellationen, die es im Lande schafft, etwas in der Nähe beobachtet hat, muß sagen, ein *widersinnigeres elenderes Wahlgesetz* ist nicht in irgendeinem Staate ausgedacht worden, ein Wahlgesetz, welches alles Zusammengehörige auseinanderreißt, die nichts miteinander zu tun haben, in jeder Kommune mit anderem Maße mißt. . . . Wenn der Erfinder dieses Wahlgesetzes sich die *praktische Wirkung* desselben vergegenwärtigt hätte, hätte er es nie gemacht.

Inzwischen haben sich allerdings die Zeiten geändert und die Klassengenossen Bismarcks möchten am liebsten dieses »widersinnigste und elendeste Wahlgesetz« nicht nur bis in ewige Zeiten für Preußen erhalten, sondern für ganz Deutschland eingeführt wissen. Das geht aus zahlreichen Aussprüchen von Junkern und Junkerengenossen hervor. So gab z. B. der Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses v. Kröcher zu, sehr oft in Versammlungen erklärt zu haben, daß er »das bestehende Reichstagswahlrecht für *verderblich für unser Vaterland halte*«, wahrscheinlich weil es auch dem Proletariat einen gewissen Einfluß sichert und dadurch die nackte Vetternwirtschaft doch wesentlich einschränkt. Und Graf Mirbach forderte im preußischen Herrenhause ganz unverblümt und deutlich wie folgt zum Staatsstreich auf:

In allen ländlichen Kreisen und weit über diese hinaus würde es mit Jubel begrüßt werden, wenn die verbündeten Fürsten sich dazu entschlossen, einen *neuen Reichstag auf der Basis eines neuen Wahlrechts* ins Leben treten zu lassen (Sehr richtig! Zustimmung!) und zwar *unverzüglich*. . . . Die zu lösende Aufgabe ist schwierig; aber auf keinem Gebiete wäre das Wort »zu spät« verhängnisvoller als hier; es würde gleichbedeutend sein mit dem Intrümmergehen des Deutschen Reiches. . . . Alexander der Große stand auch vor einer schweren Aufgabe und *löste sie sehr schnell*. . . .

Den Aussprüchen dieser beiden konservativen Parteiführer ließen sich noch viele gleichartige Äußerungen anreihen. Sie zeigen, daß das Volk von diesen Kreisen nichts zu erwarten hat. Aber auch auf das Zentrum und den Liberalismus kann es nicht rechnen. Wenn diese Parteien flugs die Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen fordern, so haben sie dieser Forderung nie irgend welchen Nachdruck verliehen. Wäre ihre Liebe zum allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahrecht nicht nur platonisch, dann hätten sie seine Einführung in Preußen in der Zeit, in der sie im Landtage noch das Heft in den Händen hatten, schon lange erzwingen können, erzwingen müssen! Aber die Erfüllung dieses Programmpunktes ist ihnen nie ernst gewesen. Er wurde immer und immer nur bei den Wahlen zum Gimpelfang als Leimrute benutzt! Und bei der gegenwärtigen innigen Block-

brüderschaft der Liberalen mit den Konservativen, bei dem Scharwenzeln des Zentrums um die verlorene Gunst der Regierung ist an eine energische Betonung dieses Programmpunktes überhaupt nicht mehr zu denken.

Aber das preußische Volk wird sich sein Recht, das man ihm vorenthält, zu erkämpfen wissen. Es kennt die Wahrheit des Satzes:

Nur der erringt die Freiheit und das Leben,  
Der täglich sie erobern muß!

Mit dem Preußentag, der vom 21. bis 23. November in Berlin tagte, hat dieser Kampf begonnen. Es wurde beschlossen, alle Mittel in Anwendung zu bringen, um dem Proletariat zu seinem Rechte zu verhelfen. Am Tage der Eröffnung des Landtages hat dieses dann in zahllosen Versammlungen diesen Beschlüssen einen Nachhall verliehen, der den herrschenden Klassen in den Ohren gellen wird. Diese Versammlungen haben gezeigt, daß das gesamte, rechtlose Volk ohne Unterschied des politischen und religiösen Bekenntnisses bereit ist zu allen Opfern, die gebracht werden müssen zur Erreichung des großen Zieles. Und das Proletariat aller anderen Bundesstaaten wird hinter den preußischen Wahlrechtskämpfern stehen, denn es gilt nichts geringeres, als der deutschen Reaktion durch die Zerschmetterung der preußischen Reaktion das Rückgrat zu brechen.

### Vom Preußentag.

Um den Widerstand gegen die preußische Reaktion zu immer stärkerer Stoßkraft umzugestalten, hat sich die Arbeiterschaft Preußens schon seit längerer Zeit genötigt gesehen, den speziell preußischen Angelegenheiten eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Jetzt ist es zu einer Kulturfrage von großer Bedeutung nicht nur für Deutschland, sondern der ganzen zivilisierten Welt geworden, wie in Zukunft die parlamentarische Vertretung des größten deutschen Bundesstaates aussehen wird.

Immer klarer wird es, daß das Dreiklassenparlament, auf Grund des Wahlrechts gewählt, welches Bismarck als das schändlichste aller Wahlsysteme bezeichnete, den Hott der gesamten Reaktion in Europa darstellt. Wenn Preußen ein Parlament bekommt, welches den wirklichen Ausdruck des Volksempfindens darstellt, so ist die junkerliche Macht in reichsdeutschen Angelegenheiten nicht mehr der ausschlaggebende Faktor. Deutschland wird dann erst eine wirklich konstitutionelle Monarchie werden. Welche Bedeutung für die gesamte europäische Kulturentwicklung eine solche Umgestaltung der Dinge bekommen kann, ist im voraus überhaupt nicht abzusehen. —

All diese Gründe machten es zur unabwieslichen Notwendigkeit, daß die Sozialdemokratie ihre Organisation diesen Verhältnissen anpaßte, da es sich vorerst um das Erringen der Grundlagen zu all diesen Wünschen handelt.

Jetzt ist die Kardinalfrage, ein vernünftiges Wahlrecht für den preußischen Landtag. Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Staatsangehörige über 20 Jahre ohne Unterschied des Geschlechtes ist die Forderung, die die Sozialdemokratie aufgestellt hat. Auf andere Parteien ist jetzt, nach dem ihre Führer sich im vermeintlichen Interesse für Deutschlands Fortschritt festgelegt haben, in der Art, daß der konservative Bülow liberal redet und die Liberalen konservativ handeln, selbstverständlich in keiner Hinsicht mehr zu rechnen.

Diese Schwierigkeiten berücksichtigend, hat man nun auf dem Parteitag versucht, einen Organisationsapparat für Preußen zu schaffen, ähnlich wie man ihn schon in einzelnen andern Bundesstaaten seit Jahren mit Erfolg zu benutzen verstanden hat. Bayern hat uns jetzt dafür einige sehr gute Beweise gegeben. Jetzt ist es eine Freude, zu sehen, welche positive Arbeit die Sozialdemokraten zu leisten imstande sind, im Interesse der Allgemeinheit, nachdem sie sich die Gelegenheit zur Betätigung geschaffen haben. In dem rückständigen Bayern ist man bei der staatlichen Ausnutzung der Wasserkraft und in dem Preußen, welches bekanntlich in Deutschland voran sein soll, herrscht absolute Unfruchtbarkeit. Die Referate der Genossen Adler, Kiel und Arons, Berlin haben ein riesiges Sündenregister der Untruchtheit des preußischen Landtages zusammengestellt. Das dabei die so verräterische Taktik des Zentrums und vor allem des Freisinns — auch der Gerschelen wurde gebührend gedacht — genügend beleuchtet wurden, ist wohl selbstverständlich. Durch alle Beratungen klang die alte bewährte Taktik der Sozialdemokratie hindurch: Wir gehen mit jeder Partei zusammen, die für die Arbeiter in irgend einer Hinsicht eintritt, solange ihr Weg auch der unsrige ist. In Preußen handelt es sich jetzt nicht um das Durchsetzen einer spezifisch sozialdemokratischen Forderung, sondern um eine Forderung, deren Durchführung für jeden, der es mit dem kulturellen Fortschritt ehrlich meint, eine Herzenssache ist. Auf allen Gebieten, nach außen und innen, liegt die preußische Reaktion kultur-

feindlich jedem, auch dem kleinsten Fortschritt hindernd im Wege.

Der vierte Tagesordnungspunkt: Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen, zeigte wieder dasselbe jedem auch dem kleinsten kulturellen Zugeständnis feindliche preußische Staatsgefuge. Das reichlich zweistündige Referat Legiens, des Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, zeigte in unabsehbarer Reihenfolge eine Monstruosität nach der anderen. Die ganze Skala der Möglichkeiten, der Arbeiterbewegung im weitesten Sinne zu schaden, haben die preußischen Eisenbahnminister durchgeführt. Mit welchem Erfolg, läßt sich heute noch nicht sagen. Auf jeden Fall ist dasjenige richtig, was Legien sagte: die äußerliche Disziplin ist wohl vorhanden, ob aber dem eine wirklich innere Dienstfreudigkeit entspricht, das ist eine Frage, auf deren Beantwortung es hoffentlich die Regierung nicht ankommen läßt.

Und zum Schluß beriet man über Selbstverwaltung und Gemeinde. Welch umfassendes Gebiet sozialer Arbeitsmöglichkeit in diesen beiden Worten liegt, zeigten die leider nur kurz skizzierenden Ausführungen darüber. Auch hier ist es wieder die preußische Regierung, die vorläufig noch so gut wie jede Möglichkeit einer im allgemeinen Nutzen bringenden Tätigkeit ausschließt. Daß auch auf dem Gebiet der Kommunalpolitik der Freisinn die auf ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllt hat, zeigt die Kommune Berlin, die mit zu den rückständigsten in Deutschland gehört.

Sämtliche Verhandlungen zeigten dasselbe Bild. Die Arbeiter sind sich vollständig einig, das alte überlebte System muß fallen! Jetzt ist es am Volk, zu reden! Mögen auch unsere Kollegen dies nicht vergessen, wenn es zum Kampf fürs wirkliche Wahlrecht geht.

Wenn die preußische Reaktion gefallen ist, ist die Bahn frei für wirkliche Kulturarbeit. K. H.

### Rundschau.

**Die Verschmelzung unserer Unternehmer-Verbände.** Auf den Generalversammlungen des Vereins und des Schutzverbandes deutscher Steindruckereibesitzer am 16. November in Stuttgart wurde die Auflösung beider Vereinigungen und die Begründung einer einheitlichen Organisation unter dem Namen »Verband deutscher Steindruckereibesitzer« beschlossen. Die Verhandlungen des neuen Verbandes leitete Dr. Gerschel. Der Verband, der seinen Sitz in Leipzig hat, gliedert sich in zwei selbständige Abteilungen unter folgenden Bezeichnungen: *A. Fachverband deutscher Steindruckereibesitzer, Sitz Leipzig, (für die Fachinteressen).* Vorsitzender dieser Abteilung ist Loewenheim-Leipzig. *B. Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer, Sitz Berlin, (für die Unternehmerinteressen).* Vorsitzender ist Dr. Gerschel-Berlin.

Mitglieder der einen Abteilung müssen unbedingt auch Mitglieder der anderen sein. Vorsitzender des Gesamtverbandes ist Loewenheim-Leipzig. Der bisherige Vorsitzende des »Vereins«, Geheimrat Meißner-Leipzig, wurde zum Ehrenmitglied des neuen Verbandes und zum Vorsitzenden des Schiedsgerichts ernannt. Die nächste General-Versammlung findet in Berlin statt. — Wir werden auf die Stuttgarter Tagung in der nächsten Nummer näher eingehen.

**Lohnbewegung in der Schweiz.** Unser schweizerischer Bruderverband hat durch Zirkular an die dortigen Unternehmer Lohnerhöhungen von ca. 3 Francs für alle seine Mitglieder gefordert. Der Unternehmer-Verband teilte daraufhin der Organisationsleitung mit, daß er auf seiner am 24. November stattfindenden Versammlung zu den Gehilfenforderungen Stellung nehmen würde und ersuchte die Gehilfenschaft, sich bis zu diesem Tage mit der Antwort zu gedulden. Nachrichten über die Stellungnahme liegen uns bis zur Stunde noch nicht vor. Unsere schweizerische Kollegenschaft erwartet bestimmt Zugeständnisse und ist bereit, sich bei Ablehnung der berechtigten Forderung eine Aufbesserung ihrer Verhältnisse zu erkämpfen.

### Bildung und Arbeiterschaft.

IV.

Auch die Kataloge bedürfen einer gründlichen Umwandlung. Heute bieten sie dem, der sich »ein Buch sucht«, nichts weiter als eine Anzahl Buchtitel, Autorennamen und Katalogisierungszeichen. Da nicht immer jemand dabei sein kann, um zu raten und der beste Ratgeber auch nie den Bildungsgrad und Bildungsdrang der Buchsuchenden ohne weiteres erkennen kann, so wird es immer Zufall sein, wenn wirklich das Richtige getroffen wird. Zur Abänderung dieses schwerwiegenden Übels hat seit Jahren der »Vorwärts«-Verlag einen vorbildlichen Weg beschritten. In seinem alljährlich herausgegebenen Bücherkatalog sind zu den wichtigen, und besonders zur Aufklärung und Bildung geeigneten Büchern, einige kurze, erklärende Sätze beigefügt. Nicht immer nur auf den Inhalt selbst bezügliche, den Inhalt aufklärende, sondern auch mitunter Kritiken über das betreffende Buch. Diese halte ich aus dem Grunde für sehr nützlich, weil sie den Einzelnen darauf aufmerksam machen, daß in dem Werk die Anschauung eines Menschen in irgend einer Form niedergelegt ist, dem man die eigene gegenüberstellen kann und vielleicht sogar



Volksbureaus sind in 80 Kartellorten vorhanden. Diese haben sich seit 1905 nicht wesentlich vermehrt. Trotzdem muß man anerkennen, daß die Christlichen ihren Verhältnissen entsprechend auf diesem Gebiete das möglichste zu leisten suchen.

Die Zahl der Hirsch-Dunckerschen Ortsverbände wird auf 157 und die der dazu gehörigen Ortsvereine auf 559 angegeben. Auch diese Angaben dürften den tatsächlichen Verhältnissen ziemlich entsprechen. Von einem wesentlichen Fortschritt kann bei den Hirsch-Dunckerschen keine Rede mehr sein, ihre Zeit ist abgelaufen. Als Unterstützungskassen mögen sie noch lange bestehen, und im wirtschaftlichen Kampfe werden sie auch noch öfters von sich reden machen, indem ihre Mitglieder die Rolle der »Gelben« spielen dürften, ohne von der Organisation dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Jahr	Hirsch-Dunckersche			Christliche		
	Ortsverbände	Zahl der Ortsvereine	Sekretariate	Orts-Kartelle	angeschl. Gewerkschaften	Sekretariate oder Volks-Bureaus
1902	128	495	1	32	91	8
1903	137	548	3	42	160	13
1904	133	496	5	58	211	18
1905	145	430	15	94	356	74
1906	157	559	18	130	412	80

Ueber die Tätigkeit unserer Gewerkschaftskartelle im Jahre 1906 können wir uns im allgemeinen anerkennend aussprechen. Die Agitation, die Auskunftserteilung, das Bibliothekwesen, die Vorbereitungen für die Arbeitervertreterwahlen, das alles sind Aufgaben, die die Gewerkschaftskartelle im letzten Jahre nach Möglichkeit zu erfüllen gesucht haben, und der Erfolg wird die aufgewendete Arbeit reichlich lohnen. Wir können uns so mehr der Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle unsere Anerkennung zollen, als gerade die wichtigsten Gebiete besonders ins Auge gefaßt worden sind. Werden die Kartelle in dieser Weise sich weiter betätigen, so dürfen sie der weitgehenden Unterstützung seitens der Gewerkschaften und der Vertretung ihrer Gesamtheit sicher sein.

L. Brunner.

**Vermischtes.**

**Gewerkschafts-Haus Mannheim.** Den reisenden Kollegen sei hierdurch mitgeteilt, daß in dem neuerbauten Gewerkschaftshaus in Mannheim F. 4 No. 8-9 eine allen modernen Ansprüchen genügende Herberge eingerichtet ist. Der Mißstand der bisher unbefriedigenden Herbergverhältnisse in Mannheim ist dadurch behoben und den reisenden Verbandsmitgliedern kann die Einkehr im Mannheimer Gewerkschaftshaus auf das wärmste empfohlen werden. Die Bureaus der meisten Gewerkschaften sind im Gewerkschaftshaus untergebracht, woselbst die Unterstützungen zur Auszahlung gelangen. Was den reisenden sowohl als den ortsanwesenden Gewerkschaftsmitgliedern den Aufenthalt im Gewerkschaftshaus angenehm gestalten kann, wird seitens des Wirtes aufgeboten und darum wäre zu wünschen, daß die aufgewendete Mühe durch eine lebhaftige Frequenz belohnt wird.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Herausgeber Dr. J. Bloch) werde mit Beginn des neuen Jahres, in dem sie in ihren 14. Jahrgang treten, in ihrem Umfang, wie in ihrer Erscheinungsweise verdoppelt: sie werden vom 1. Januar ab alle 14 Tage erscheinen. Die Erweiterung ist notwendig geworden, weil der Stoffandrang die Bewältigung

ihrer Aufgaben im bisherigen Raume nicht mehr gestattete. Auch wird durch das häufigere Erscheinen noch im höheren Umfang, als bisher schon, der Aktualität und den Bedürfnissen der Tagespolitik Rechnung getragen werden können.

**Zentralherberge in Nürnberg.** Nach jahrelangen Bemühungen ist es den Nürnberger Gewerkschaften gelungen, eine Zentralherberge zu errichten. Das alte Patrizieranwesen »Zum historischen Hof« wurde gepachtet und zu einer Zentralherberge und zu einem gemeinsamen Verkehrslokal der Gewerkschaften umgewandelt. Der »historische Hof« wurde im Jahre 1500 erbaut und war seitdem im Besitze mehrerer alter Patriziergeschlechter, bis ihn die Neuzeit zu anderen Zwecken bestimmt hat. Am 24. Oktober wurde die Herberge den Betrieb übergeben. Es sind vorläufig 60 Betten eingerichtet; die Bettenzahl kann auf das Doppelte erhöht werden. Die 60 Betten sind in 24 Schlafsälen und Einzelzimmern, die durchweg hell, luftig und geräumig sind, untergebracht. Die Herbergsräume sind elektrisch beleuchtet. Die Bade- und Desinfektionseinrichtung kann erst im Januar in Betrieb genommen werden. Es ist deshalb vorläufig ein provisorisches Bad eingerichtet und Vorsorge getroffen, daß infizierte Kleider außerhalb der Herberge desinfiziert werden können. Der Preis für Ueberrachten ist auf 40 Pfennige festgesetzt, Bäder und Desinfektion der Kleider inbegriffen. Wenn sich die Anlagen der Herberge mit einer neu errichteten auch nicht messen kann, so wurde doch versucht, ohne Rücksicht auf die sehr erheblichen Kosten, die Anstalt aufs modernste einzurichten.

**Referenten-Führer.** Eine Anleitung zum Erwerb des für die sozialdemokratische Agitationstätigkeit nötigen Wissens und Könnens. Von Eduard David. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. 104 Seiten, Preis Mk. 1.50. Der Verfasser schreibt in seinem Vorwort: »Das Büchlein will dem jungen Arbeiter, der sich in den Dienst der sozialdemokratischen Sache stellen will, den Weg der Selbstausbildung erleichtern.« Es soll eine Anleitung sein, die »allen begabten und strebsamen heranwachsenden Mitstreitern in Stadt und Land die Bahn öffnen soll.« »Es kann nicht genug auf dem Gebiet einer Volksbildung in unserem Sinne geschehen und alle Einrichtungen (Ausbildungskurse von Partei und Gewerkschaften) dienen, einander ergänzend, der einen großen Aufgabe, die freieste Entfaltung aller in der heutigen Gesellschaft niedergehaltenen Intelligenzen zu ermöglichen. Wir empfehlen das Buch allen, in der politischen Partei und in unserer Organisation tätigen Kollegen der besonderen Aufmerksamkeit.«

**Die Mutter als Erzieherin.** Kleine Beiträge zur Praxis der proletarischen Hauserziehung von Heinrich Schulz. Stuttgart, Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. 1907.

Der Verfasser, Mitglied des Bildungsausschusses der Partei und Lehrer an der Parteischnule, schreibt im Vorwort über die Sammlung u. a.: Nicht gelehrte Abhandlungen über erzieherische Probleme will das Büchlein der proletarischen Mutter, für die es in erster Linie bestimmt ist, darbieten, sondern kurze, einfach gehaltene und leichtverständliche Ratschläge und Winke aus der Praxis der häuslichen Kindererziehung für die Praxis. In einem erfrüherweise ständig wachsenden Maße sucht das proletarische Elternhaus seinen erzieherischen Pflichten gegenüber der heranwachsenden Generation gerecht zu werden. Der klassenbewußte Arbeiter ist eingedenk des Wortes: Der Jugend gehört die Zukunft. Da ihm aber hohe Ideale für die Zukunft vorleuchten, Ideale, für die er selbst sein bestes Willen und Können einsetzt, so hat er

zugleich den lebhaften Wunsch, eine Generation heranwachsen zu sehen, der er den Ausbau und die Verwirklichung seiner Ideale mit ruhiger Zuversicht anvertrauen kann. In der Volksschule des heutigen Klassenstaates wird die proletarische Jugend in einer dem Elternhaus feindlich gesinnten Denkweise beeinflusst; darum ist die erzieherische Aufgabe des proletarischen Vaters und der proletarischen Mutter doppelt ernst und schwer. Ihnen beiden, besonders aber der Mutter, der die Hauptarbeit der Erziehung obliegt, diese Aufgabe ein wenig zu erleichtern, ist der Zweck dieses Büchleins. Die kleine Schrift soll als eine Art »Mutterbrief« zum gelegentlichen Nachschlagen und zum Herumblättern in einer nachdenklichen Stunde dienen. Möge sie der proletarischen Mutter in erzieherischen Sorgen und Nöten eine gerne angerufene Freundin und Ratgeberin werden. Der Verlag hat zwei Ausgaben herstellen lassen, eine kartonierte und eine Ausgabe im Geschenkeband. Die kartonierte Ausgabe kostet 50 Pfennig, die Ausgabe im Geschenkeband 75 Pfennig. Das Büchlein eignet sich ganz vortrefflich als Weihnachtsgeschenk.

**Umfang der Krankenversicherung.** Das »Leipziger Tageblatt« schreibt: Der Umfang des Krankenwesens in Deutschland wird in der Regel überschätzt. Man meint, außer den Selbständigen und Beamten wäre so ziemlich alles versichert. Nach der neuesten Aufnahme betrug nun die Zahl der Mitglieder der Krankenkassen im Deutschen Reich, soweit vergleichbare Berichte vorliegen, noch nicht 4 1/2 Millionen. Die genaue Zahl ist 4741794. Männer sind insgesamt noch nicht ganz 3 1/2 Millionen, Frauen 1,4 Millionen, versichert. Die genauen Zahlen sind 4331147 Männer und 1410747 Frauen. Auf Preußen entfallen über 2 Millionen männliche Mitglieder von Krankenkassen, genau 1063584. Die Zahl der Frauen beträgt hier 787033. Die Zahl der Mitglieder von Krankenkassen in Berlin übertrifft die Zahl der Versicherten aller Bundesstaaten. In Berlin sind 457503 Männer und 269846 Frauen Mitglieder von Krankenkassen. Selbst das ganze Königreich Sachsen hat nur 403689 männliche und 198565 weibliche Krankenkassenmitglieder. Dem Krankenkassenwesen des Königreichs Sachsen kommt das des Regierungsbezirks Düsseldorf fast gleich. Dort sind 359870 Männer und 97325 Frauen Mitglieder von Krankenkassen. Dieser Bezirk übertrifft noch das ganze Königreich Bayern, wo 265076 Männer und 162913 Frauen versichert sind. Von den preußischen Regierungsbezirken folgt Arnsberg mit 154308 Männern und 53650 Frauen, dann das Großherzogtum Baden mit 141657 Männern und 75817 Frauen, ferner Württemberg mit 128208 Männern und 61202 Frauen. Fast ebensoviel hat für sich allein der Regierungsbezirk Köln mit 125405 Männern und 40423 Frauen. Ueber 100000 versicherte Männer haben außerdem noch der Regierungsbezirk Wiesbaden mit 101213, außerdem 35918 Frauen. Je 4 1/2 Millionen Mitglieder verteilen sich auf 3424 Kassen, die es im ganzen Deutschen Reich gibt. Von diesen sind 2195 Betriebs- oder Fabrikkrankenkassen, 762 Ortskrankenkassen, 407 Innungskrankenkassen, 53 Gemeindekrankenkassen sowie 6 andere Kassen. Bei diesen Zahlen sind die 1130 Hilfskassen nicht berücksichtigt. Sie haben zusammen 253368 männliche und 25014 weibliche Mitglieder. Rechnet man die Mitglieder der Hilfskassen hinzu, so erhält man insgesamt 5019776 gegen Krankheit Versicherte.

Einige tüchtige  
**Positiv-Retuscheure**  
(auch für *Maschinen-Retusche*) bei hohem Gehalt sofort gesucht. [2,10]  
E. Schreiber, G. m. b. H., Stuttgart.

Einige tüchtige (2,40)  
**Retuscheure**  
für *Positiv-Retusche* für *Maschinen* per sofort gesucht. Gehaltsansprüche und Proben einzusenden an **Ewald Steinmetz & Co., Hannover.**

**Porträts**  
*Rohvergrößerungen auf Zeichenpapier.*  
Papiergröße 35x45 cm 1,30 Mk., aufgez. 1,50 Mk.  
40x50 cm 1,50 Mk., „ 1,75 Mk.  
50x60 cm 2,25 Mk., „ 2,60 Mk.  
Passepartouts in allen Größen vorrätig.  
**Paul Phemel, Frankfurt a. O., Bergstraße 54.**

**Kein Geheimnis!**  
Gebe jeder-mann meine **„Arbeitsmethode“** für **Photochrom-Verfahren** nebst Rezept für **10,- Mk.** ab. Prospekt gratis. Offerten unter **„Photochrom“, München, Hauptpostlag. [2,10]**

**Prachtvolle Weihnachts-Geschenke**  
Kunstblätter in ff. Chromdruck bis 27 Farben, Heliogravuren, Aquarell- u. Oeldruckbilder zu Original-Preisen versendet **Bilderhandlung** in gros **Fritz Pungs, Frankfurt a. M., Cranachstr. 17.** Günst. Gelegenh. d. Wiederverkäufer, Nebenverdienste zu erzielen. Illustr. Kataloge gegen Einsendung von 20 Pf. (2,70)

**Jeder fortschreitende Fach-Kollege,** dem es wirklich ernst ist mit seinem beruflichen Fortschritte, der kaufe sich das unentbehrliche Werk

**Der praktische Umdrucker**  
von Bernhard Enders. Druck- und Verlag von Conrad Müller, Schkeuditz. Preis 80 Pf. inkl. Porto.

**Zelluloid-Umdruckpapier**  
nie quetschend, für Stein, Aluminium u. Zink, sowie Photochromie-Raster, liefert in Schutzpackung »D. R. G.-M. 288967« nur  
**Carl Mohwinkel, Hannover.**  
Nicht zusammenklebend, stets gebrauchsfertig!

**Der Zinkdruck**  
als Ersatz für Stein nach Dr. O. C. Strecker von **Max Seul, Karlsruhe i. B., Kriegstr. 140.** Pr. 1 Mk.

**Alois Senefelder**  
und die **Erfindung a. Lithographie**  
*Festschrift von Fritz Hansen.*  
Verlag von **Conrad Müller, Schkeuditz.**  
Preis **50 Pf.** portofrei.  
Bei **10 Stück** ein Frei-Exemplar.

**Nachruf!**  
Am 13. November starb unser langjähriges Organisationsmitglied und Mitgründer des Senefelder-Bundes, Kollege  
**Heinrich Albrecht**  
im Alter von 62 Jahren an Arterienverkalkung.  
Ehre seinem Andenken!  
**Nürnberg, Filiale I.**